

Haushaltsreden der Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 17.12.2024

- Es gilt das gesprochene Wort –

(Sonja Crämer-Gembalczyk)

Sehr geehrter Herr Landesdirektor Dr. Lunemann, sehr geehrter Vorsitzender Herr Baumann, verehrte Landesrätinnen und Landesräte, liebe Mitarbeitende der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb, liebe interessierte Gäste und Gästinnen – Kurz: liebe Mitmenschen – Einen schönen guten Tag.

Wie so häufig möchte ich an dieser Stelle auf die Charta der Menschenrechte hinweisen, Ihr zufolge wird der Menschen als soziales und kulturelles Wesen definiert. An dieser Stelle wird die Signifikanz der Kultur betont.

Es gehört zum Wesen aller Menschen, sich mit anderen zu verbinden und eine Kultur zu entwickeln und zu pflegen. Deshalb ist es ein grundlegendes Menschenrecht allen Mitmenschen den Zugang, sowie die Pflege und das Ausleben seiner/ihrer ureigenen Kultur zu ermöglichen. Aus diesem Grund ist es Aufgabe der Politik, die Sphäre der Kultur inklusiv zu gestalten, sowie dabei sozialökonomische Faktoren zu berücksichtigen.

Dies führt zu unserer Entscheidung als Fraktion, den Antrag einer anderen Eintrittspreisregelung zu erneuern.

Es ist uns als Fraktion natürlich klar, dass das nicht alle Hürde abbauen wird die viele Mitmenschen davon abhält eine Kultureinrichtung zu besuchen. Im Folgenden möchte ich auf einige Aspekte eingehen.

Eine Befragung, durchgeführt im Juni 2018, also vor Corona, durch „Gestatten - Kunst“ konnte 10 Gründe herausarbeiten, die Menschen vom Besuch abhält. Hier nur ein verkürzter Abriss. Neben den viel zu hohen Eintrittspreisen wurden folgende Gründe genannt:

Erstes das Phänomen der Öffnungszeiten – Weltweit haben Museen montags, einige sogar dienstags geschlossen. Zeit ist somit ein wichtiger Punkt und generell ein interessantes Phänomen, denn unsere Mitmenschen wünschen sich längere Öffnungszeiten der Kultureinrichtungen und Museen. Anders wäre dies auch nicht mit dem Alltag vieler Menschen vereinbar. Ein zweiter Punkt ist die Distanz zum Ausstellungsobjekt: Oft genannt wurde der Umstand, dass Menschen nur gucken, aber nicht anfassen dürfen. Dieser Gesichtspunkt ist natürlich nur schwer zu verändern, könnte aber durch besonders dafür geschaffene Exponate, teilweise gelöst werden. Dadurch könnten Ausstellungen insbesondere für die Blinden und Sehbehinderten Mitmenschen zugänglicher werden. Ein weiterer Gesichtspunkt; Nicht zuletzt sind Museen ereignisreiche Orte: Auch dies hält Menschen von Besuchen ab! Denn viele leiden unter dem Gefühl der Enge und sind nicht in der Lage sich mit den Exponaten zu befassen. Hier werden insbesondere Mitmenschen mit sozialen Ängsten oder psychischen Behinderungen, oder Neurodiverse Personen benannt. Das ließe sich durch sogenannte „stille“ Zeiten, sowie durch Einrichtung „Safer Space“ erleichtern. Außerdem wurde beklagt das die Beschilderung schlecht sei. (zu hoch, zu tief, zu kompliziert usw.) Viele Menschen empfanden es als zu anstrengend Kunst anzuschauen. Viele meinten, nichts von Kunst zu verstehen und scheuten deshalb den Besuch.

Wir sehen also, dass es viele Gründe neben den Eintrittspreisen gibt, die Menschen davon abhalten Museen und Events nicht zu besuchen. Museen sind leider noch sehr weit davon entfernt inklusive Orte zu sein, in denen sich gesellschaftsübergreifend Menschen zusammenfinden können. Doch es liegt in der Hand des Kulturdezernats des LWLs daran etwas zu ändern.

Doch Hauptgrund ist und bleibt der Eintritt, der nicht für alle leistbar ist. Leider wird viel zu häufig überschätzt, dass er eine kaum zu überwindend Hürde darstellt. Also – neben einer anderen Regelung wie es das „Pay what you want“ System darstellt – sind dringend strukturelle und Museumspädagogische, neue Denk- und Änderungsansätze von Nöten. Primär sollte uns aber allen klar sein, dass das Solidaritätsprinzip hier zwingend greifen muss. In einer progressiven Gesellschaft müssen die Finanzstarken für die Finanzschwachen eintreten. Anders ist gelebte Solidarität in einer Demokratie nicht zu realisieren.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns bewusst machen, dass Kultur teuer ist und auch durch Eintrittspreise, der Nutznießenden erbracht wird.

Am Anfang meiner Rede habe ich auf die Menschenrechtscharta verwiesen diese möchte ich an dieser Stelle erneut aufgreifen. Kultur ist ein Menschenrecht. Aus diesem Grund ist die Förderung von Kulturellem nicht weniger als eine Pflichtaufgabe des öffentlichen Haushalts. Genauso wie z.B. soziale Aufgaben. Ich empfinde es als schlichtweg grotesk das wir Ausgaben im kulturellem Bereich „Subventionen“ nennen, während kein Mensch auf die Idee käme, die Ausgaben für ein z.B. Krankenhaus, Spielplatz, oder einem modernem IT-System so zu bezeichnen. Der Ausdruck lenkt uns in die falsche Richtung. Denn Kultur ist kein Luxus, den wir uns entweder leisten oder nach Belieben streichen können. Sie ist der geistige Boden, der unsere innere staatliche, wie menschliche Überlebensfähigkeit sichert. Nicht Subvention – sondern Investition in die demokratische Verfasstheit.

Zur Kulturarbeit im LWL gehört selbstredend auch die Erhaltung und deren Ausbau von Gedenkstätten. Sie erfüllen einen wichtigen Bildungsauftrag, dem Schulen alleine nie gerecht werden können.

Zum Glück greift der LWL eben diesen Ansatz auf. Er befasst und befördert den Ausbau des Stalag 326 zu einer Gedenkstätte mit nationaler und internationaler

Strahlkraft. In den Augen meiner Fraktion eine bitter notwendige und höchst relevante Notwendigkeit. Zwar knirscht und eiert es noch an einigen Stellen. Doch sind wir uns sicher, dass diese im Laufe der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Frau Rüschoff-Parzinger und allen weiteren Beteiligten zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen wird.

Mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen im September 2025, sowie den nächsten Landtagswahlen heißt eindeutig – Stalag 326 und zwar schnell und Jetzt!

Denn es bleibt zu befürchten, dass es nach den Wahlen sehr schwierig werden könnte diesen Gedenk- und Bildungsort zu realisieren. Wie wir alle wissen gewinnen rechtsnationalen Parteien an Zuspruch und autoritäre Kräfte bedrohen unsere demokratische Grundordnung. Krude Parteien und autokratische Regierung, instrumentalisieren die Menschen und hetzen gegen marginalisierte Gesellschaftsgruppen – Deshalb appellieren wir hier ausdrücklich – Stalag 326 jetzt! Denn das Stalag wird nicht nur eine Gedenkstätte werden, sondern auch ein Ort der Bildung. Dort kann dann gesehen werden, was keiner geglaubt haben wollte, was keiner gewusst haben wollte und was dann wieder gewesen sein wird.

An dieser Stelle möchte ich mit folgenden Worten des russischen Schriftstellers Maxim Gorki abschließen:

Die Aufgabe der Kultur ist es, im Menschen das soziale Gewissen und die soziale Moral zu entwickeln und zu stärken und alle seine Fähigkeiten und Talente des einzelnen zu organisieren.

Dankeschön – und nun meine Genossin Sarah Lentz

(Sarah Lentz:)

Sehr geehrte Damen und Herren, alles dazwischen und außerhalb.

Als erstes PARTEI Mitglied, dass die heiligen Hallen des Landeshauses als

Mandatstragende betreten durfte, möchte ich mich hier für die offene und einwandfreie Mitarbeit bedanken.

Und für die beruhigende Erkenntnis, dass alles, was ich vorher von Politiker*innen gedacht habe, bestätigt wurde. Demokratie heißt Kompromisse schließen.

Dass dabei unsere Anträge immer etwas zu kurz kamen, ist sicher Zufall.

Dass sie irgendwann für Prüfaufträge, eigene Anträge oder Vorschläge – zumindest in abgeschwächter Form – wiederverwendet wurden, auch Zufall.

Danke für viele Jahre herabwertendes Verhalten, weil ich vorher noch nie in einem Ausschuss gesessen hatte. Danke für respektlose Reaktionen, die vor und nach den Sitzungen von einem freundlichen Begrüßungs- und Abschiedsnicken umrahmt wurden.

Ich weiß, ich hätte besser recherchieren können, genauere Zahlen vorlegen und häufiger Anträge stellen können, wenn bloß nicht mein blöder Job wäre. Und meine Endometriose natürlich, die mich gefühlt 50 Prozent meines Lebens kostet. Sieht man mir nicht an, ich weiß. Aber so etwas Persönliches kann ich ja einfach so erzählen, oder nicht? Wie mir nämlich von einem weisen CDU-Mann (sorry for assuming your gender) gesagt wurde, sind diese Themen nämlich keine Tabuthemen mehr im Jahre 2024.

Na, Gott sei Dank. Das ist beruhigend zu hören.

Und ich dachte, es wäre 2024 einfach nicht mehr üblich, dass man als Mann, der sich einfach in ganz bestimmte Dinge – wie alle 3-4 Wochen unter Schmerzen Blut zu verlieren – nicht hineinversetzen kann, vielleicht einfach mal die Klappe hält.

Wenn alle Newcomer so behandelt werden, ist es kein Wunder, dass in diesem Raum sehr wenig junge Menschen zugegen sind. Niemand will sich so behandeln lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, alles dazwischen und außerhalb – alle demokratischen Anwesenden –

Zumindest wurde jetzt nach 6 Jahren auch mal das Thema Istanbul-Konventionen auf den Tisch gelegt. Diese Auseinandersetzung zeigt wieder die vorbildliche Arbeit des LWLs. So viele gute Ansätze und es läuft in vielen Belangen weitaus sozialer, als in anderen Ebenen der Politik, aber zu weit will man sich dann doch nicht aus dem Fenster lehnen. Immer wieder höre ich, das ist Ländersache, da fehlt uns Finanzierung, da wollen die Kommunen nicht. Das LWL hat vielleicht keinen Einfluss auf den Lehrplan in Schulen, aber es kann sehr wohl Vereinigungen unterstützen, die – so regelmäßig wie es deren schlechte Finanzierung zulässt – Angebote ausarbeiten, um Aufklärung zum Thema Gewalt und Übergriffe zu den Menschen zu transportieren. Uns sind nicht die Hände gebunden. Wir müssen einfach über den Tellerrand hinausschauen. Und nicht Anträge abblocken, deren Grundkern vernünftig und machbar ist, die aber nun mal von links kommen.

Liebe Demokrat*innen,

wahrscheinlich können wir uns glücklich schätzen, weil auf unsere Anträge noch geantwortet wird. Da fühlen wir uns zumindest nicht komplett gleichgesetzt mit der AFD, wo doch gern mal links und rechts in einen Topf geworfen wird. Aber dazu kommen wir noch.

Wenn ihr unbedingt auf der Fahne stehen haben wollt, dass ihr „Gutes tut“. Hört auf diejenigen, die sich schon immer für Inklusion, Gleichberechtigung und Solidarität eingesetzt haben. Lasst die Öffentlichkeit sehen, dass wir gute Ideen haben. Sonst werden unsere Sitze hier weniger und aufgefüllt werden die nicht mit demokratischen Parteien. Zeigt tatsächliche Solidarität in einer Zeit, wo demokratische Werte gefährdet sind.

Ich verlange nicht, dass ihr eure Grundsätze verrätet (nicht, dass das nie passieren

würde) oder ständig zustimmt. Ich weiß, Demokratie ist Kompromisse schließen. Aber Demokratie sollte auch Diskussionen zulassen. Offen aufeinander zugehen. Den Kompromiss nicht nur mit großen Parteien suchen, sondern auch mit weniger erfahrenen zynischen Idealisten.

(Sonja Lemke:)

Sehr geehrte Mitglieder der Landschaftsversammlung, verehrtes Publikum,
Ein neuer Haushalt beim LWL ist geschafft. Und ein bisschen ist es wie jährlich grüßt das Murmeltier. Denn jedes Jahr gibt es Streit um die Umlage.

Jedes Jahr Kommunen gegen LWL. Jedes Jahr ist man hier in den Haushaltsverhandlungen und hört wo überall das Geld fehlt, dann geht man in seine Kommune und dort fehlt auch das Geld und der LWL ist sowieso immer viel zu teuer.

Dabei haben sie das gleiche Interesse. Nur zu wenig Geld.

Aber das ist nicht selbst verschuldet. Es liegt an der vom Bund verordnete Sparpolitik. Und die ist Blödsinn. Sie schadet uns.

Nirgendwo sehen wir das mehr als in den berühmten „überlasteten“ Kommunen. Der Bund will nix zahlen, lagert aber mehr und mehr Aufgaben auf die Kommunen aus. Und trotz allem Chaos und allen Herausforderungen wird auf die idiotische Schuldenbremse gepocht.

Aber ein Staat ist keine schwäbische Hausfrau und selbst das Haus der Hausfrau wurde auf Kredit gekauft.

Denn es gibt Dinge die müssen es uns wert sein. Kultur wurde schon genannt. Auch Istanbul Konvention, also der Schutz von Frauen vor Gewalt.

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. (Bei der man nicht oft genug sagen kann, dass Förderschulen ihr widersprechen.)

Aber das Einzige wofür wir hier mehr Geld ausgeben ist Digitalisierung. Mit Lizenzen werfen wir Milliarden Euro Großkonzernen in den Rachen. Anstatt eine vernünftige Infrastruktur aufzubauen, die wir selber unter Kontrolle haben. Und das ist symptomatisch. Schlechte Finanzierung bedeutet Privatisierung. Letztendlich kein Gewinn für den Staat, sondern für private Unternehmen. Und das bedeutet dann Verfall von Infrastruktur.

Und die Rechte Hetze ist dann eigentlich nur logische Folge. (Ohne hier jemanden für seine Menschenverachtenden Ansichten aus der Verantwortung zu ziehen). Aber rechte Hetze hat dann natürlich auch Vorteile, wenn man diese Politik weiter durchziehen will. Je mehr Rechte Hetze, desto weniger Kultur, Rechte für Menschen mit Behinderung, Rechte für Frauen. Perfekt zum Geld sparen. Und der Kreis schließt sich.

Aber man kann da raus. Ein Problem das sich mit Geld bewerfen lässt. Deshalb sollte es nicht sein Kommunen gegen LWL. Sondern alle für eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen, einer gerechten Finanzierung, die Kommunen mit armer Bevölkerung besonders unterstützt werden. Das ist eigentlich unser gemeinsames Interessen (außer bei den kleinen Faschisten da rechts außen) denn wir kennen die Realität in den Kommunen.

Und wenn man ehrlich ist: Das, was ich hier Vorschläge, ist keine linke Politik, das ist konservativ, liebe demokratischen Kolleg*innen. Und damit meine ich nicht, dass wir gegen eine gesellschaftliche Vielfalt sind. Nein, im Gegenteil.

Die Linke will eine Vermögenssteuer wie 1950, wo sie bei 3% lag. Genauso schön war damals der Spitzensteuersatz, der Anfang der 50er noch bei 95% lag und von da an

ging es leider nur bergab, besonders in den 90ern und 2000ern.

Die Linke will ein Bafög wie in 1972, wo es eine 100%tiger Zuschuss war und kein Darlehen, von dem man leben konnte und 44% der Studierenden davon profitiert haben.

Und einen Bestand an öffentlichen Wohnungen wie in den 80ern, wo nicht nur die Bahn noch staatlich war und eigene Werkswohnungen besaß, sondern z.B. auch das Land NRW noch einen großen Wohnungsbestand hatte, Stichwort LEG. Ach ja und es gab eine funktionierende Wohnungsgemeinnützigkeit.

Deshalb, liebe Kolleg*innen von der CDU und von den anderen demokratischen Fraktionen. Konservativ sein! Finanzpolitisch weniger Merz.

Dafür mehr Kohl wagen.

holt Kohl raus

Am besten Rotkohl.

(Rolf Kohn:)

Sehr geehrte Damen und Herren und viele Andere,
ich möchte mich zu Beginn im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten des LWL bedanken. Wir bedanken uns für Ihre Beratung, ihre Beiträge bei Veranstaltungen, ihre Hilfe bei der Technik oder die Informationen bei den Haushaltsberatungen. Unser Dank gilt besonders dem Büro der Landschaftsversammlung.

Sehr geehrte Damen und Herren und sehr geehrte Andere,
Wir diskutieren und verabschieden heute den letzten Haushalt dieser Wahlperiode und deswegen ist es angebracht, zurückzuschauen und auch vorwärts zu blicken.

„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“

Das ist ein Zitat von Rosa Luxemburg

In der Rückschau müssen wir als Fraktion feststellen: Die Rahmenbedingungen für Inklusion verschlechtern sich und werden verschlechtert. Das Land NRW und der Bund kürzen massiv im Bereich von Inklusion und Teilhabe, Barrierefreiheit, Arbeitsförderung, Bekämpfung von Armut. Und wer den Zusammenhang von Behinderung und Armut kennt, weiß welche Folgen das für Menschen mit Behinderung und auch die Arbeit des LWL hat. Ihre Parteien stehen im Land NRW und im Bund für etliche massive Verschlechterungen der Lebensbedingungen vieler Menschen, auch für Menschen mit Behinderungen.

All das erschwert die Arbeit im LWL für Inklusion und inklusive Kultur. All das schränkt die Teilhabemöglichkeiten für alle ausgegrenzten Menschen noch mehr ein, fördert Diskriminierung, soziale Ungerechtigkeiten, Exklusion und letztendlich die Verelendung von vielen Menschen.

Und Kanzlerkandidat Mister Burns der CDU hat weitere Einschnitte im sozialen Bereich angekündigt, will viele Menschen noch mehr ausgrenzen. Feindbilder werden geschaffen und verstärkt: Geflüchtete, Bürgergeld-Bezieher:innen, Rentner:innen, Atomkraftgegner:innen, um nur einige Aufzuzählen...

Meine Damen und Herren und viele Andere,

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ – ein verkürztes Zitat von Karl Marx. Übertragen heißt das: die von Ihren Parteien beschlossenen Einschnitte im sozialen Bereich der letzten Jahrzehnte sind der Nährboden für das Erstarken des Rechtsextremismus, von AfD und Co, dessen heimlichen Vorsitzenden Bernd Höcke man als Nazi bezeichnen kann.

Meine Damen und Herren und viele Andere,

was passieren kann, wenn der rechtsextreme Druck zunimmt, wenn Rechtsextreme Zulauf bekommen erleben wir hautnah in der Landschaftsversammlung. Die AfD baut

mit ihren Anfragen und Anträgen Feindbilder auf. Und sie hat mit ihrer Schmutzkampagne gegen die Ausstellung „Das ist kolonial“ dafür gesorgt, dass sich Beschäftigte des LWL massiven Drohungen ausgesetzt sahen.

Gegen diese Kampagne hat die Landschaftsversammlung eindeutig Stellung bezogen. Das war ein Höhepunkt der Demokratie in diesem Haus. Die von der Kulturabteilung organisierte Tagung „Haltung zeigen – Demokratie verteidigen“ war hervorragend. Es wurde aus verschiedenen Ländern – Italien, der Slowakei und Polen – berichtet, wie die Kulturfreiheit eingeschränkt und unterdrückt wird, wenn Rechtsextreme an der Macht sind. Und wie man sich dagegen wehren kann. Hierfür danken wir unserer Landesrätin Frau Rüschoff-Parzinger und ihrer Abteilung sehr.

Meine Damen und Herren und viele Andere,
Herr Dr. Lunemann und viele andere von Ihnen haben immer wieder auf die wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges hingewiesen. Von der Landschaftsversammlung wurde gegen den menschenverachtenden und terroristischen Überfall der Hamas Stellung bezogen. Sowohl den Überfall der Hamas als auch den Krieg Russlands verurteilen wir scharf.

Aber: Weder der Überfall Russlands noch der der Hamas geschah im geschichtslosen Raum – es gibt eine Vorgeschichte, die nicht den Krieg und den Überfall rechtfertigt, aber Zusammenhänge erklärt. Die NATO hat seit Jahrzehnten durch ihre Erweiterung entgegen ihren Versprechungen Russland eingekreist und das palästinensische Volk wurde seit Jahrzehnten unterdrückt. Nur wenn man diese Vorgeschichte berücksichtigt, kann es zu friedlichen Lösungen kommen.

Meine Damen und Herren,
Der internationale Gerichtshof hat den Ministerpräsidenten Israels und den Verteidigungsminister des Völkermordes angeklagt. Mehr als 40.000 palästinensische Zivilisten, darunter viele Kinder, wurden bisher vom Staat Israel umgebracht, die

Lebensgrundlagen des palästinensischen Volkes zerstört, die Menschen dem Hungern und Hungertod ausgesetzt. Auch zu diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte die Landschaftsversammlung Stellung beziehen. Menschlichkeit darf auf keinem Auge blind sein!

Meine Damen und Herren,
wir haben zu diesem Haushalt viele Anträge gestellt, mit denen die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen verbessert würden oder auch mehr Kulturelle Teilhabe möglich wäre. Alle wurden von Ihnen abgelehnt, immer mit dem Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Kommunen und des LWL. Aber es sind doch Ihre Parteien, die seit Jahrzehnten für die Unterfinanzierung der Kommunen und der Landschaftsverbände verantwortlich sind.

Wenn Sie Rechtsextremismus verhindern wollen, wenn sie Demokratiefeindlichkeit entgegentreten wollen, müssen Ihre Parteien endlich eine soziale Politik im Bund und Land machen. Sie müssen eine Vermögenssteuer einführen und die Kommunen dauerhaft gut finanzieren. Ihre Parteien müssen für friedliche Lösungen eintreten, die die Interessen aller Menschen und Staaten berücksichtigen.

Der neue Nato-Generalsekretär Rutte fordert massive Aufrüstung, die Vorbereitung eines Krieges in 5 Jahren und Kürzungen im Sozialbereich. Wollen Sie das?

Bildung, ein gutes Leben, Frieden, Inklusion – oder Aufrüstung, Krieg und den Tod unserer Kinder und Enkelkinder. Das ist die entscheidende Frage für unsere Arbeit beim LWL und das Überleben der Menschheit.

Diese Frage müssen Sie beantworten.

Vielen Dank, dass Sie zugehört haben!